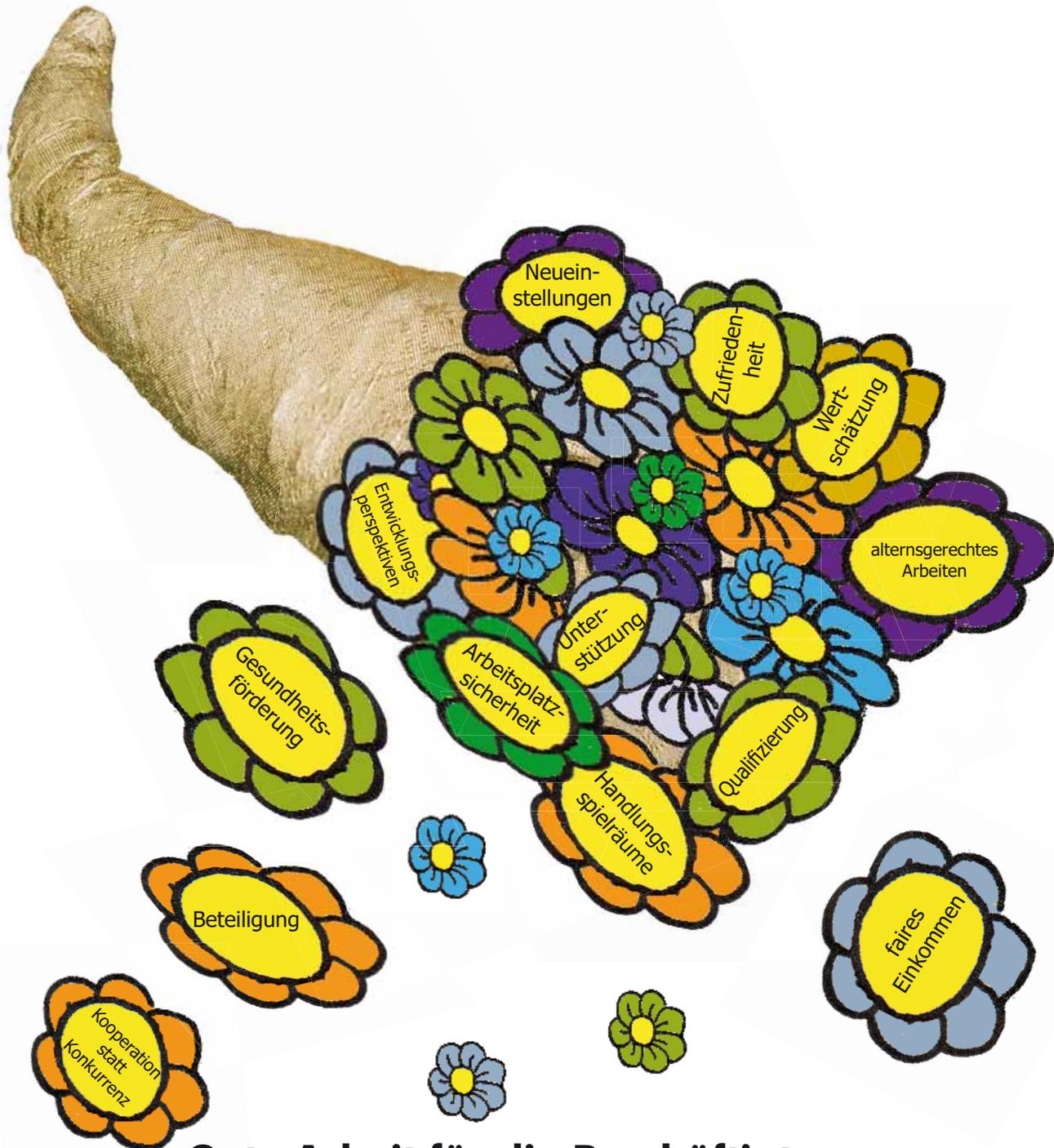


Mitarbeiterinnen- Und Mitarbeiter-Magazin
des Gesamtpersonalrats für das Land und die Stadtgemeinde Bremen



**Gute Arbeit für die Beschäftigten =
Gute Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger**



Sagenhafte 925 Euro...

...wurden von Peter Garrelmann auf das Rest-Cent-Konto bei der Landeshauptkasse überwiesen. In die Altersteilzeit hatte Peter sich im Februar mit einem rauschenden Fest beim Gesamtpersonalrat von seinen WeggefährtenInnen verabschiedet. Statt Abschiedsgeschenken wünschte er sich Rest-Cent-Spenden, alle folgten und so kamen 925 Euro zusammen, die jetzt den Rest-Cent-Projekten zugute kommen.

In „Zu guter Letzt“ hat der Standortälteste - diesmal ganz ernsthaft als Peter Garrelmann - aus der Ruhephase der Altersteilzeit sein Plätzchen in dieser **MUMM** gefunden. Er kommentiert die positiven Entwicklungen bei seinem langjährigen Sorgenkind „Ausbildungsgesellschaft Bremen“.

Neu hinzugekommen zum Redaktionsteam sind Brigitte Stauke von der Geschäftsstelle des Gesamtpersonalrats, Wiltrud Sossna von KiTa Bremen und Elke Baumann von der GEW. Wir freuen uns über die Zusammenarbeit! Das Redaktionsteam ist begeistert vom Füllhorn „Gute Arbeit“ auf dem Titelblatt. Elke Kosmal-Vöge hat wieder einmal gezaubert! Aber leider will sie sich nicht loben lassen, schade eigentlich.

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern einen guten Herbst und - viel Spass beim Lesen!

Eure **MUMM**macherInnen

Inhalt

Kommentar
 Kommentar Edmund Mevissen 3

Zum Thema
 Gute Arbeit für die Beschäftigten 4
 Leistungsentgelt für alle..... 5

Das geht alle an
 Kein Ende in Sicht? 6

Bremisches
 „Ohne uns läuft nichts!“ 8
 Freie Lüftung - JETZT! 9

Ratgeber
 Altersteilzeit für ArbeitnehmerInnen 10

Aus-/Fortbildung
 Kontakt erwünscht 10
 Mitbestimmung für über 600 Azubis 11

Gewerkschaftliches
 Erfolgreiche ver.di-Tarifarbeit 12

Vor Ort
 Vielfältig, interessant, belastend 14

Zum Thema
 Das Geld liegt auf der Straße 15

Zu guter Letzt
 Peter Garrelmann: Ausbildung kommt zurück 16

MUMM
 Herausgeber:
 Gesamtpersonalrat für das Land und die Stadt-
 gemeinde Bremen
 Knochenhauerstr. 20/25, 28195 Bremen
 Presserechtlich verantwortlich:
 Edmund Mevissen,
 Vorsitzender des Gesamtpersonalrats
 Redaktionsteam:
 Elke Baumann, Doris Hülsmeier, Elke Kosmal-
 Vöge, Bernd Krause, Wiltrud Sossna, Brigitte
 Stauke und Burkhard Winsemann
 Telefon: 361-2215
 Telefax: 496-2215
 E-Mail: mumm@gpr.bremen.de
 Druck: Druckerei Senatorin für Finanzen

Die nächste Ausgabe von **MUMM** erscheint
 im April 2009
 Redaktionsschluss ist Ende Februar 2009

liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

nach dem guten Ergebnis bei den Personalratswahlen im Frühjahr hat sich der Gesamtpersonalrat wieder neu aufgestellt und mit Hochdruck seinen Aufgaben gewidmet. Dabei wird deutlich, dass sich im politischen Umfeld doch einiges verändert hat.

Mit der rot/grünen Koalition ist nicht nur ein besseres Klima in der Zusammenarbeit der Politik mit den Interessenvertretungen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes entstanden. Inzwischen gibt es auch erste handfeste Ergebnisse, die mit dieser Regierung für die Beschäftigten erreicht wurden:

- So konnten die DGB-Gewerkschaften in Verhandlungen mit den Regierungsfractionen eine bessere Besoldungsanpassung für die Beamtinnen und Beamten an die Tarifiergebnisse vereinbaren. In der Vergangenheit wurde immer nur verordnet.
- Bei der Ausbildungsgesellschaft gelten jetzt Tarifverträge, und ein großer Teil der Ausbildung soll künftig wieder in den öffentlichen Dienst integriert werden (vgl. S. 11, 12 und 16).
- Die Arbeitsmöglichkeiten für die Personalräte wurden durch den Senat nicht eingeschränkt, wie dies noch die Große Koalition mit einer Verschlechterung der Freistellungsregelungen vorgehabt hatte.
- Die Bremische Bürgerschaft hat mit ihren öffentlichen Ausschussberatungen nicht nur den Zugang für die BürgerInnen verbessert. Durch das Rederecht des Gesamtpersonalrats im Haushalts- und Finanzausschuss finden die Argumente der Interessenvertretungen stärker Eingang in die Parlamentsberatungen.

Diese positiven Entwicklungen können allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Situation des öffentlichen Dienstes und seiner Beschäftigten nach wie vor mehr als angespannt ist.

Der Doppelhaushalt 2008/2009 mit erheblichen Kürzungen im Personalbereich wurde im April gegen unseren Widerstand verabschiedet (vgl. S. 15). Und nun soll bereits im Januar 2009 über die Eckwerte zu den Haushalten 2010/2011 entschieden werden. Dabei hatte uns die Finanzsenatorin fest versprochen, vorher die Situation des öffentlichen Dienstes sorgfältig zu prüfen und daraus für die Haushaltsaufstellung Schlüsse zu ziehen.

Stattdessen lebt man weiter „von der Hand in den Mund“, kürzt auf dem Rücken der KollegInnen und versucht lediglich die Löcher notdürftig zu stopfen, die sich zwangsläufig auftun.

Und die Rahmenbedingungen in der bundesweiten Auseinandersetzung um die Finanzverteilung („Föderalismusreform II“) geben wenig Anlass zur Hoffnung (vgl. S. 6).

Wir haben diese Ausgabe der **MUMM** unter das Motto „Gute Arbeit für die Beschäftigten“ gestellt (vgl. S. 4), weil dafür endlich die Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Nur dann kann auch gute Arbeit für die BürgerInnen erbracht werden. Und gute Dienstleistungen erwartet schließlich jeder vom öffentlichen Dienst. Anspruch und Möglichkeiten dürfen nicht immer weiter auseinander klaffen.

mit freundlichen Grüßen

Gerd R.





Gute Arbeit für die Beschäftigten =

Gute Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger

Die Senatorin für Finanzen ist auch für das Personal zuständig. Daher wird derzeit in ihrem Hause an einem Personalmanagementkonzept gearbeitet. Darin sollen Schwerpunkte für den Umgang mit dem Personal in den nächsten Jahren festgelegt werden.

Dieses Konzept könnte eine Chance sein, um Rahmenbedingungen für **Gute Arbeit** im bremischen öffentlichen Dienst zu verankern!

Gute Arbeit wird den Ansprüchen der Beschäftigten gerecht. Das bedeutet eine gute Gestaltung der Arbeit und gute Arbeitsbedingungen. Von **Guter Arbeit** profitieren alle, die Beschäftigten, die Arbeitgeber und die Adressaten unserer öffentlichen Dienstleistungen: die Bürgerinnen und Bürger. Schlechte Arbeitsbedingungen gehen zu Lasten von Gesundheit und Zufriedenheit. Zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hingegen sind engagiert, produktiv und loyal.

Gute Arbeit bedeutet eine Personalführung nach den Prinzipien Wertschätzung, Kooperation und Unterstützung, Sicherung individueller Entwicklungsperspektiven und Beteiligung.

Kollegialität und eine gute Betriebskultur fördern die Motivation, die Zusammenarbeit und reduzieren Fehler.

Gute Arbeit wird auch langfristig durch Ausbildung und Neueinstellungen abgesichert. Der Nachwuchs muss rechtzeitig ausgebildet und in die Dienststellen eingefädelt werden.

Eine qualifizierte Aufgabenwahrnehmung setzt eine angemessene Arbeitsintensität und ausreichend Personal voraus.

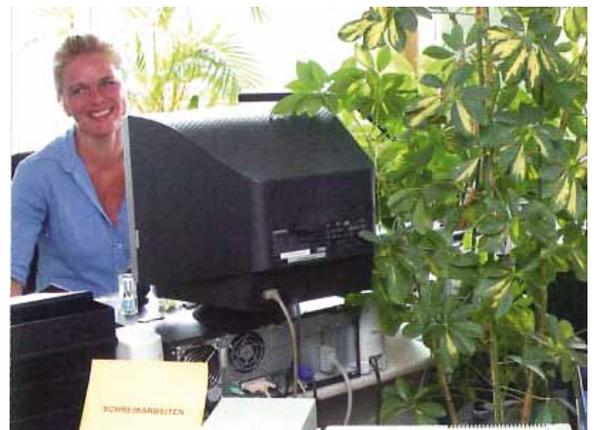
Gute Arbeit ermöglicht den Beschäftigten, persönliche Lebensvorstellungen zusammen mit dem Beruf zu verwirklichen. Beruf und

Familie müssen vereinbart werden können. Die Arbeit soll auch den besonderen Anforderungen und Fähigkeiten des Alters Rechnung tragen. Veränderungen sollen durch Organisationsentwicklung, bei der Aufgabengestaltung und durch Fort- und Weiterbildung ermöglicht und gefördert werden. Für besonders belastende Arbeitsbereiche müssen besondere Lösungen gefunden werden. Dabei sollen auch persönliche Entwicklungsinteressen berücksichtigt werden.

Gute Arbeit geht einher mit fairer Bezahlung und sicheren Arbeitsplätzen. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse (Zwangsteilzeit, Ein-Euro-Jobs, Leiharbeit und befristete und/oder untertarifliche Arbeitsverhältnisse) müssen daher nach und nach in sichere, tarifliche Arbeitsplätze verwandelt werden.

Ganz wichtig finden wir, dass die Beschäftigten selbst und ihre Interessenvertretungen an der Gestaltung der Arbeitsbedingungen beteiligt werden. Nur so kann **Gute Arbeit** zustande kommen. Das gilt insbesondere für die jetzt bevorstehenden Aktivitäten zur Umsetzung eines betrieblichen Gesundheitsmanagements in den Dienststellen.

Doris Hülsmeier ■■■



Zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind engagiert, produktiv und loyal



Leistungsentgelt für alle...

...statt Prämien für die smarten Lieblinge

Um es gleich vorweg zu sagen: Wir halten überhaupt nichts von Absichten einiger ArbeitgebervertreterInnen, die Beschäftigten in den Konkurrenzkampf um Prämien und Zulagen zu schicken. Wir halten stattdessen die Stärkung von Kooperation bei den Beschäftigten für nachhaltig und zukunftsträchtig im Sinne von Guter Arbeit.

Es ist erwiesen: Motivation durch Geld macht eine Motivation aus Arbeitsfreude und Sinnstiftung kaputt. Alles dreht sich dann nur noch ums Geld. Machen wir uns doch nichts vor: Die Prämien und Zulagen gehen sowieso an die smarten Lieblinge. Nicht an die Kollegin aus der Poststelle, deren Arbeit unverzichtbar ist, aber eher im Verborgenen stattfindet. Nicht an den leistungsgeminderten Kollegen, der mit seinem Handicap sich immer wieder selbst übertrifft. Nicht an die teilzeitbeschäftigte Mutter zweier kleiner Kinder, die ihre Arbeit engagiert erledigt und durch die familiären Anforderungen engen Grenzen hinsichtlich von Flexibilität unterliegt. Gar nicht zu reden von den Kranken.

Man kann doch ein gerechtes System zur Bewertung installieren - sagen manche. Selbst wenn das möglich wäre, was für einen immensen Aufwand würde das erfordern! Die Verwaltung wäre mit sich selbst beschäftigt.

Einige ArbeitgebervertreterInnen haben ihre Position zur Prämienverteilung sehr deutlich ausgedrückt: Erfüllung der Aufgaben in der arbeitsvertraglichen Arbeitszeit, nein, das reicht nicht für ein Leistungsentgelt. Was denn dann? Unbezahlte Mehrarbeit? Der Arbeits- und Gesundheitsschutz lässt grüßen.

Wir freuen uns über gute Leistungen. Kooperation fördert gute Leistung systematisch und nimmt alle Beschäftigten mit. Konkurrenz um Prämien hingegen spaltet die Beleg-

schaft systematisch.

In diesem Sinne setzen wir uns dafür ein, dass die Mittel für das Leistungsentgelt mit dem Dezembergehalt an alle Beschäftigten jeweils in Höhe von 12 % des Septembergehaltes ausgezahlt werden. Denn: Alle Beschäftigten des bremischen öffentlichen Dienstes arbeiten gut.

Doris Hülsmeier ■■■

Zur Sache

Mit dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) und dem Tarifvertrag für die Länder (TV-L) ist das sog. Leistungsentgelt eingeführt worden. Die Mittel für das Leistungsentgelt speisen sich aus „einbehaltenem“ Entgelt der Tarifbeschäftigten (wegfallende Besitzstände, gekürzte Sonderzahlungen etc.).

TVöD und TV-L regeln den Umgang mit Leistungsentgelt unterschiedlich:

Nach dem TV-L wird ohne weitere Regelungen im Dezember jeweils 12% des Septembergehaltes an die Tarifbeschäftigten ausgezahlt.

Für den Bereich des TVöD ist eine einvernehmliche Dienstvereinbarung zur Regelung des Leistungsentgelts abzuschließen, andernfalls wird der Auszahlungsbetrag im Dezember 2008 einmalig auf 6% des Septembergehaltes halbiert. Um diese Kürzung zu verhindern, hat der Gesamtpersonalrat der Senatorin für Finanzen bereits 2007 innerhalb der geforderten Frist eine Dienstvereinbarung für den Bereich des TVöD vorgeschlagen, der eine Gleichstellung mit den Tarifbeschäftigten des TV-L vorsieht. Lange Zeit haben wir nichts gehört. Erst jetzt, bei der Personalräteversammlung am 25.9.2008, hat Bürgermeister Jens Böhrnsen uns zugesichert, dass hinsichtlich des Umgangs mit dem Leistungsentgelt für die Beschäftigten im Bereich des TVöD eine Gleichstellung mit den Beschäftigten im TV-L erfolgen soll. Das begrüßen wir sehr.

Kein Ende in Sicht?

Schuldendiensthilfen bieten keine Entwarnung

Die beiden Vorsitzenden der Föderalismusreformkommission, Struck und Oettinger, haben sich über die wichtigsten Punkte der Reform der föderalen Finanzverfassung („Föderalismusreform II“) geeinigt. Was wird sie Bremen bringen? **MUMM** hat dazu einen gewöhnlich gut unterrichteten Beobachter, der unerkannt bleiben möchte, interviewt.

Die Föderalismusreform II geht ja jetzt auf die Zielgerade. Das heißt doch, dass Bremen endlich mehr Geld bekommt und wir im bremischen öffentlichen Dienst aufatmen können, oder?

In Bremen wird die Reform der föderalen Finanzverfassung immer unter dem Aspekt der Beendigung der Haushaltsnotlage diskutiert. Aus der Sicht des Bundes und der anderen Länder ging es aber schwerpunktmäßig darum, Bund und Länder auf neue, strengere Regeln für die Schuldenaufnahme zu verpflichten und damit auch stärker in die Einhaltung der so genannten Maastricht-Kriterien* einzubinden.

Damit diese so genannte „Schuldenbremse“ nicht als Papiertiger endet, weil die Grenzen von vornherein für einige Länder nicht erreichbar sind, hat man gesagt: Besonders hoch verschuldete Länder sollen Schuldendiensthilfen bekommen, um von einem Teil ihrer überdurchschnittlichen Zinszahlungen entlastet zu werden. So wird Bremen wohl als bescheidenen Nebeneffekt mit etwas mehr Geld aus der Sache herauskommen. Die Summen, die dabei diskutiert werden, sind aber nicht so, dass man von einem Ende der Haushaltsnotlage sprechen könnte. Und die Schuldendiensthilfen werden zeitlich befristet sein und haben auch vom Prinzip her nichts mit der eigentlich angestrebten gerechteren finanziellen Beteiligung Bremens

an seiner eigenen Wirtschaftskraft zu tun.

Wird also alles nur noch schlimmer?

Man muss in der Tat davon ausgehen, dass die Föderalismusreform II den Kürzungsdruck in den nächsten Jahren noch verschärfen wird.

Warum hat Bremen dann überhaupt konstruktiv mitgemacht und sogar versucht, an der Spitze der Bewegung zu marschieren?

Diese Frage können natürlich nur diejenigen beantworten, die das so entschieden haben. Zunächst einmal muss man feststellen, dass Bremen seine Verschuldung ohnehin bremsen muss. Die Frage ist nur, ob dafür eine starre Grenze der richtige Weg ist oder ob nicht viel mehr bei höheren Einnahmen angesetzt werden müsste.

Vielleicht hat man sich auch Illusionen darüber gemacht, wie viel für die Sanierung der bremischen Haushalte herauszuholen ist. Dafür hat der Senat zu viele Kröten geschluckt. Der eine oder andere in den Reihen vor allem des vorigen Senats hat vielleicht manches davon auch sehr gern in Kauf genommen.

Was denn zum Beispiel?

Nur zur Erinnerung: Schon der 1. Teil der Föderalismusreform, der uns ja unter anderem den Flickenteppich bei der Besoldung eingebracht hat, ist uns in Bremen als notwendige Vorbedingung für eine bessere Finanzausstattung durch Teil 2 verkauft worden. Und jetzt werden im Kielwasser der finanzpolitischen Entscheidungen eine ganze Reihe von Dingen auf den Weg gebracht, die günstigstenfalls zweischneidig, überwiegend aber leider katastrophal sind.

*Begrenzung der Schuldenaufnahme und des Schuldenstandes durch den Vertrag über die Europäische Währungsunion

Zuerst die Zweischnidigen, bitte.

In einigen Aufgabenbereichen, vor allem in der Informationstechnik, wird eine stärkere Vereinheitlichung angestrebt. Das wird in einigen Bereichen vielleicht dazu führen, dass die Ausgaben gesenkt werden können. In jedem Fall aber wird Bremen dadurch eigene Gestaltungsspielräume verlieren. Außerdem muss man aufpassen, was mit den Arbeitsplätzen geschieht.

Und was ist katastrophal?

Es wird vorgeschlagen, den Ländern Abweichungen von bundeseinheitlichen Regelungen zu erlauben, und zwar ausdrücklich unter finanziellen Gesichtspunkten. Unter den Bedingungen der Haushaltsnotlage läuft das natürlich auf drastische Kürzungen von Leistungen und Standards hinaus.

Zwar haben sich die Vorsitzenden in ihrem Papier ausdrücklich gegen Abweichungsrechte in den Bereichen Soziales und Umwelt ausgesprochen, aber man wird sehen, wie genau letztlich die Grenzen gezogen werden und ob das nicht nur ein Einstieg ist. Vielleicht heißt es in ein paar Jahren: Haushaltspolitisch interessant sind solche Abweichungsrechte nur, wenn sie auch den Sozialbereich umfassen. Wird Bremen dann Sozialleistungsempfänger in Armenhäuser schicken?

Auch Überlegungen, die Inanspruchnahme der Sozialgerichtsbarkeit mit Gebühren zu belegen und die Prozesskostenhilfe einzuschränken, drohen den Sozialstaat auszuhöhlen. Und das vor dem Hintergrund hoch komplizierter und mit heißer Nadel gestrickter Gesetze, die in der Anwendung entsprechend fehleranfällig sind - siehe Hartz IV.

Burkhard Winsemann



Das Interview für die **MUMM** zu den wichtigsten Punkten der Reform der föderalen Finanzverfassung führte Nicoletta Witt. Der „gewöhnlich gut unterrichtete Beobachter“ wollte unerkannt bleiben.

„Ohne uns läuft nichts!“

Eigenreinigung hat wieder eine Zukunft

Die Eigenreinigung der bremischen Verwaltung hat endlich wieder eine Zukunft. Sie wird zusammengefasst und in die neue Einheit integriert, die sich ab 1.1.2009 um die bremischen Immobilien kümmern soll. Nach 15

Jahren Einstellungsstopp und einem langen Kampf der Raumpflegerinnen und des Gesamtpersonalrats (GPR) für bessere organisatorische Rahmenbedingungen wird damit ein wesentlicher Schritt gemacht, um die Eigenreinigung mindestens auf dem derzeitigen Stand zu erhalten und womöglich wieder auszubauen. Dies ermöglicht eine

direktere Steuerung der Personalentwicklung und lässt auch ein professionelleres Management und damit eine effektivere Arbeitsweise der Eigenreinigung erwarten. Damit könnten die Kosten der Innenreinigung mittelfristig sinken, ohne den Irrweg der Fremdvergaben auszuweiten, der vielfach mit unzureichender Reinigungsqualität und einem wenig pfleglichen Umgang mit den Gebäuden verbunden ist.

Die Bremische Bürgerschaft hat Anfang Juli erstmals die Gesetzentwürfe zur Errichtung einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) für das Immobilienmanagement beraten und wird das Gesetzgebungsverfahren voraussichtlich im November abschließen. In der AöR werden neben der Eigenreinigung der Eigenbetrieb GTM sowie die Gesellschaften GBI und FMB aufgehen*.

Die Anstalt wird zwar rechtlich selbstständig sein, aber keine Arbeitgeber- oder Dienstherreneigenschaft haben. Die Kolleginnen und Kollegen bleiben (bzw. werden) damit Bedienstete der Freien Hansestadt Bremen.

Damit wird eine wichtige Forderung des GPR erfüllt.

Zwischen ver.di und Kommunalem Arbeitgeberverband wurde vereinbart, dass für alle ArbeitnehmerInnen der Anstalt der TVöD gelten wird. Für die meisten KollegInnen wird sich damit tariflich nichts ändern; für einige wird dies eine Verbesserung bedeuten. Nach dem Entwurf eines Personalüberleitungsvertrages, der zwischen der Freien Hansestadt Bremen und den Gesellschaften GBI und FMB geschlossen werden soll, werden alle bisher erworbenen Rechte und Besitzstände der derzeit noch dort beschäftigten KollegInnen mitgenommen, so dass sich auch hier keine Verschlechterungen ergeben werden.

Einzelne Kritikpunkte gibt es aber immer noch. So fehlen noch Regelungen, damit vorhandene Kapazitäten der Eigenreinigung auch ausgeschöpft werden können. Die Dienststellen müssen verpflichtet werden, Reinigungsleistungen ausschließlich bei der Anstalt einzukaufen. Dies muss durch haushaltsrechtliche Regelungen unterstützt werden.

Unterdessen werden in Arbeitsgruppen organisatorische Einzelheiten der Zusammenführung der Betriebe geklärt. Eine paritätisch besetzte Beratungskommission soll dafür sorgen, dass personelle Probleme und Konflikte fair geregelt werden.

Der GPR und die Interessenvertretungen der betroffenen Dienststellen und Betriebe haben der Arbeitgeberseite den Entwurf einer Vereinbarung vorgelegt, die Grundsätze für eine umfassende Mitarbeiterbeteiligung bei der Zusammenführung des Immobilienmanagements regelt. In ersten Gesprächen hat die Senatorin für Finanzen eine grundsätzliche Bereitschaft zu einer solchen Vereinbarung erkennen lassen.

Heidi Adler

Burkhard Winsemann



„Ohne uns läuft nichts! Kein öffentliches Gebäude könnte ohne vorherige Reinigung seine Türen öffnen. Das wird auch immer so sein. Reinigungskräfte wird es immer geben,“ - Heidi Adler (stellv. Vorsitzende des Gesamtpersonalrats) auf der gut besuchten Teilpersonalversammlung „Immobilien“

*Abkürzungen

GTM =
Gebäude- und TechnikManagement

GBI =
Gesellschaft für Bremer Immobilien mbH

FMB =
Facility Management Bremen GmbH

Freie Lüftung - JETZT!

Erneute Verhandlungen mit dem Vermieter

Die Arbeitsgruppe SIEMENS-Hochhaus unter der Leitung von Bürgermeisterin Karoline Linnert hat sich auf ein Vorgehen verständigt: Der Vermieter des SIEMENS-Hochhauses soll einer Sanierung mit zu öffnenden Fenstern zustimmen. Dazu werden jetzt von der Gesellschaft Bremer Immobilien (GBI) die Verhandlungen aufgenommen.

Lange Zeit sah es nicht so aus, dass SenatsvertreterInnen und Personalräte gemeinsam das Ziel einer freien Lüftung für das SIEMENS-Hochhaus verfolgen würden. Doch die jahrelangen Proteste der betroffenen KollegInnen und ihrer Interessenvertretungen gegen die unhaltbaren klimatischen Zustände zeigen nun Wirkung.

Die Personalräteversammlung am 3. Juli 2008 mit Karoline Linnert schaffte dann endlich die Basis für eine Neuausrichtung der Sanierungspläne: Die Arbeitsgruppe SIEMENS-Hochhaus mit VertreterInnen von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite unter Leitung von Bürgermeisterin Karoline Linnert begann ihre Arbeit.

Unter großem Zeitdruck fanden die Experten beider Seiten überraschend schnell zu einer sachlichen Zusammenarbeit. Zunächst wurde gemein-

sam festgestellt:

1. Zu öffnende Fenster im SIEMENS-Hochhaus sind möglich.
2. Für die Gesundheit am Arbeitsplatz ist die Beeinflussbarkeit der klimatischen Bedingungen durch die Beschäftigten von großer Bedeutung.

Dann wurden verschiedene Lösungsvarianten durchgespielt und mit ersten Kostenschätzungen hinterlegt.

Am 2. Oktober 2008 verständigte sich die Arbeitsgruppe darauf, der GBI den Auftrag zu erteilen, Verhandlungen mit dem Eigentümer des SIEMENS-Hochhauses aufzunehmen, um eine Sanierung des Hochhauses mit zu öffnenden Fenstern zu betreiben.

Sicher sind dabei noch einige Hürden zu überwinden, denn der Eigentümer hat bislang auf eine Lüftung ausschließlich mit Hilfe einer Klimaanlage gesetzt. Und es geht natürlich um Geld. Aber es geht vor allem um die Gesundheit unserer KollegInnen für die Restlaufzeit des Mietvertrages von 24 Jahren! Erste Schritte in die richtige Richtung sind nun gemacht. Mit Ergebnissen der Verhandlungen ist im November 2008 zu rechnen.

Edmund Mevissen



Protest der Beschäftigten im SIEMENS-Hochhaus

Altersteilzeit für ArbeitnehmerInnen

Tarifliche und gesetzliche Regelungen laufen aus

Altersteilzeit kann nur noch bis zum Ende des nächsten Jahres, d. h. bis zum 31. Dezember 2009 zu den bisherigen Bedingungen begonnen werden. Der Tarifvertrag, nach dem das Arbeitsentgelt bei Altersteilzeit auf mindestens 83 % des vorherigen Regelarbeitsentgelts aufgestockt wird, gilt nur für Altersteilzeit, die vor 2010 begonnen wird.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die bis zum 31. Dezember 2009 das 55. Lebensjahr vollenden, sollten daher rechtzeitig überlegen, ob sie in Altersteilzeit gehen wollen. Einen entsprechenden Antrag müssen sie bis zum 30. September 2009 gestellt haben.

Die während der Gesamtdauer der Altersteilzeit zu leistende Arbeit kann so verteilt werden, dass sie in der ersten Hälfte des Altersteilzeitverhältnisses (voll) geleistet wird. Danach wird der/die ArbeitnehmerIn anschließend von der Arbeit unter Fortzahlung der Bezüge freigestellt (Blockmodell). Eine Alternative zum Blockmodell ist das Teilzeitmodell, wonach während der gesamten Dauer die Arbeit in Teilzeit abzuleisten ist.

Da mit Beginn des Jahres 2010 für neue Altersteilzeitfälle auch die Erstattung der Aufstockungsbeträge an den Arbeitgeber durch die Bundesagentur für Arbeit reduziert wird, ist anzunehmen, dass eine Verlängerung des Altersteilzeittarifvertrages nur zu deutlich schlechteren Konditionen als bisher möglich sein wird.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, haben nach dem Tarifvertrag Anspruch auf Altersteilzeit; mit jüngeren ArbeitnehmerInnen kann der Arbeitgeber diese vereinbaren.

Voraussetzung für eine Antragstellung ist die sog. große Rentenauskunft. Empfehlenswert ist, von Performa Nord eine Berechnung der zukünftigen Altersteilzeit-Bezüge einzuholen.

Auf jeden Fall ist es ratsam, sich vorher ausreichend zu informieren. Sehr hilfreich sind hierbei die Senatorin für Finanzen, Referat 33, und Performa Nord.

In Sachen Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamte hat der Gesamtpersonalrat zuletzt mit seinem Rundschreiben Nr. 14 vom 15. Mai 2008 informiert. Das Rundschreiben ist unter www.gpr.bremen.de erhältlich.

Bernd Krause 

Aus-/Fortbildung

Kontakt erwünscht

Neuer Ausbildungspersonalrat (APR) stellt sich vor

Liebe Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, liebe Auszubildenden des öffentlichen Dienstes!

Wir, der APR der Verwaltungsschule, zuständig für die Ausbildungsberufe Verwaltungsfachangestellte/r und Fachangestellte/r für Bürokommunikation, haben uns am 27. Februar 2008 konstituiert.

Unser Team besteht aus fünf Mitgliedern: drei aus unserem jüngsten Jahrgang 2007, eine aus dem 2006er und - ein Oldi - aus dem 2005er Jahrgang. Auch wenn wir unterschiedlichen Jahrgängen angehören, haben wir doch alle ein und dasselbe Ziel: Wir möchten uns für die Belange der

Auszubildenden einsetzen, sie bei Problemlösungen unterstützen und bestmöglichst informieren.

Um diese Aufgaben erfolgreich umzusetzen, möchten wir wieder engeren Kontakt mit den Auszubildenden herstellen. Seit kurzem veröffentlichen wir einen Newsletter für unsere Auszubildenden mit aktuellen Informationen und Arbeiten des APRs. Demnächst wird es auch einen Internetauftritt geben. Aber das bedarf noch einige Zeit für die Vorbereitungen. Persönlich sind wir zu erreichen unter der Telefonnummer 0421/361 5169 donnerstags von 14.00 bis 16.00 Uhr oder in unserem Büro Raum 006

im Aus- und Fortbildungszentrum, Doventorscontrescarpe 172, Block B, 28195 Bremen. Jederzeit sind wir per E-Mail zu erreichen. Einfach eine Nachricht an aprbbig@afz.bremen.de schicken, und wir beantworten schnellstmöglichst eure Fragen. Für Notfälle gibt es gleich zwei Handynummern: 0172 4318945 (Thomas Zylka, 1. Vorsitzender) und 0178 8335410 (Nadine Jochens, 2. Vorsitzende).

Gerne stehen wir euch bei Fragen zur Verfügung, aber auch über Ideen, Anregungen und Wünsche freuen wir uns sehr!

APR BBiG 

Mitbestimmung für über 600 Azubis

Endlich! ABiG erhält eine Auszubildendenvertretung

In Tarifverhandlungen war es der Gewerkschaft ver.di gelungen, auch für die Ausbildungsgesellschaft Bremen (ABiG) eine Besondere Interessenvertretung (BIV) durchzusetzen.

Am 6. Juni 2008 wurde ein weiterer Meilenstein bei der ABiG erreicht: Die Wahl der ersten Auszubildendenvertretung.

Räume zur Verfügung, in denen regelmäßig die Sprechstunden abgehalten werden.

Für 2008 finden die nächsten Sprechzeiten am 30. Oktober und 27. November in der Universität Bremen im Verwaltungsgebäude und am 10. November und 8. Dezember 2008 in den Räumen des Gesamtpersonalrats,



Kevin Mettel (Industriemechaniker), Islam Can (Kaufmann für Bürokommunikation), Nils Schlien (Kaufmann für Bürokommunikation), Aneta Bogaczewicz (Biologielaborantin), Jacqueline Stoeck (Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste), Anna Julie Warner (Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste), Anne Rosenheinrich (Immobilienkauffrau), Judith Mütze (Chemielaborantin), Marvin Prieser (Elektroniker), Tobias Brattumil (Fachinformatiker), Jan Karg (Industriemechaniker) v.l.n.r.

Interessen der Auszubildenden vertreten

„Wir vertreten die Interessen der Azubis gemeinsam mit dem Betriebsrat gegenüber dem Betrieb. Wir haben immer ein offenes Ohr für Fragen und anderweitige Probleme der Azubis der ABiG“, so die Vorsitzende der BIV Anna Julie Warner.

Regelmäßige Sprechstunden

Für die Anliegen der Auszubildenden der ABiG stellen der Gesamtpersonalrat und die Universität Bremen

Knochenhauerstraße 20/25, jeweils von 14.30 bis 15.30 Uhr statt.

Bald wird es auch einen Internetauftritt geben. Die Vorbereitungen hierfür benötigen aber noch ein wenig Zeit. Zunächst sind wir per E-Mail unter der Adresse: betriebsrat.abig@gpr.bremen.de erreichbar.

Nils Schlien

Erfolgreiche ver.di-Tarifarbeit

Sehr gutes Ergebnis in der TVöD-Tarifrunde 2008



Onno Dannenberg, Tarifkoordinator ver.di-Landesbezirk Niedersachsen-Bremen

Mit der Tarifeinigung vom 31. März 2008 konnte für die Beschäftigten des Bundes und der Kommunen ein sehr gutes Ergebnis erreicht werden:

Die Entgelte (einschließlich individueller Zwischen- und Endstufen) werden rückwirkend ab 1. Januar 2008 zunächst um 50 Euro und dann um weitere 3,1 % erhöht. Durchschnittlich werden die Werte der Entgelttabelle damit um 5,1 % angehoben. Ab 1. Januar 2009 folgt eine Einmalzahlung von 225 Euro und eine weitere Anhebung der monatlichen Tabellenentgelte um 2,8 %. Die Ausbildungsvergütungen werden rückwirkend ab 1. Januar 2008 um 70 Euro monatlich angehoben. Die neuen Entgeltregelungen haben eine Mindestlaufzeit bis zum 31.12.2009. Im Gegenzug musste leider eine Verlängerung der regelmäßigen Arbeitszeit von 38,5 auf 39 Stunden wöchentlich ab 1. Juli 2008 akzeptiert werden. Verhindern konnten wir die von den öffentlichen Arbeitgebern geforderte weitergehende Verlängerung auf 40 Stunden wöchentlich ebenso wie eine Ausweitung der leistungsbezogenen Bezahlung nach § 18 TVöD zu Lasten der Tabellenerhöhung. Dieses erfreuliche Ergebnis war nur aufgrund der - wie in Bremen so auch bundesweit - beeindruckenden Beteiligung der Kolleginnen und Kollegen an den Warnstreiks durchsetzbar.

Im bremischen öffentlichen Dienst gilt dieses Ergebnis für die nach bisherigem Recht als Arbeiterinnen/Arbeiter geltenden Beschäftigten.

Bremen: Überleitung der kommunalen Eigenbetriebe in den TVöD

Für die nach bisherigem Recht als Angestellte geltenden Beschäftigten findet in Bremen der Tarifvertrag für die Länder (TV-L) Anwendung. Allerdings verhandelte ver.di seit 2006 mit der Freien Hansestadt Bremen

über eine Neuordnung der tarifvertraglichen Zuordnungen. Mit Erfolg: ver.di hat inzwischen die Überleitung der bisherigen Angestellten der kommunalen bremischen Eigenbetriebe (das sind KiTa Bremen, Gebäude- und TechnikManagement Bremen (GTM), Stadtgrün Bremen, Bremer Volkshochschule, Werkstatt Bremen, Stadtbibliothek Bremen, Bremer Entsorgungsbetriebe und Musikschule Bremen) aus dem TV-L in den TVöD vereinbart. Das bedeutet: Diese Beschäftigten werden mit Wirkung vom 1. Juli 2008 nach der höheren TVöD-Tabelle bezahlt. Auf dieses Datum wird für sie auch der im TV-L erst am 1. November 2008 erfolgende Aufstieg in die nächst höhere reguläre Stufe der jeweiligen Entgeltgruppe vorgezogen. Die aus der Überleitung vom BAT in den TV-L bestehenden Besitzstandsregelungen bleiben erhalten. Die bisherigen Angestellten profitieren außerdem von der zum TVöD vereinbarten Verlängerung der Frist zum Vollzug von Bewährungs- und Zeitaufstiegen, die noch unter der Geltung des BAT begonnen wurden, auf den 31. Dezember 2009.

Bereits jetzt hat ver.di mit der Senatorin für Finanzen vereinbart, dass die Anstalt öffentlichen Rechts für Immobilienmanagement, die zum 1. Januar 2009 errichtet werden soll, ebenfalls einheitlich unter den TVöD fällt. Die „Entflechtung“ des Tarifrechts ist damit ein gutes Stück vorangekommen!

Ausbildungsgesellschaft (ABiG)

Nahezu vier Jahre wurde den Auszubildenden der Ausbildungsgesellschaft (ABiG) von der Arbeitgeberseite die Mitbestimmung und ein Tarifvertrag verwehrt. Das gehört jetzt der Geschichte an. Nachdem ver.di bereits im Januar 2008 einen Tarifvertrag zur Mitbestimmung für die Auszubildenden der ABiG abgeschlossen hat,



konnten wir jetzt mit der Senatorin für Finanzen auch eine Einigung zu den Ausbildungsbedingungen und zu der zukünftigen Ausbildungsstruktur erreichen. Bei einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2009 werden die Ausbildungsvergütungen rückwirkend ab 1. Juni 2008 um 135 EUR monatlich angehoben. Mit wenigen Ausnahmen findet im Übrigen der Tarifvertrag für die Auszubildenden des öffentlichen Dienstes Anwendung. Von besonderer Bedeutung ist, dass ab dem Einstellungsjahrgang 2009 die neuen Auszubildenden überwiegend wieder von der Freien Hansestadt Bremen (FHB) eingestellt werden. Bei den Auszubildenden des Einstellungsjahrgangs 2008 wird „nachträglich“ in einer paritätischen „Ausbildungskommission“ beraten, wer zum 1. August 2009 auf die Freie Hansestadt Bremen übergeleitet wird.

Diese tarifpolitischen Erfolge zeigen, dass sich die Organisation in einer starken Gewerkschaft auch im öffentlichen Dienst auszahlt!



Auch im Mai 2006 standen die ver.di-Mitglieder eng zusammen und streikten für die Übernahme des Tarifvertrages öffentlicher Dienst

TV-L-Tarif- und Besoldungsrunde 2009

Die Beschäftigten, für die der TV-L gilt, erhielten ab 1. Januar 2008 eine Erhöhung der Tabellenwerte um 2,9 % zzgl. Aufrundung auf volle 5 Euro. ver.di wird die TV-L-Tabellen zum 31. Dezember 2008 kündigen.

Auf die Beamtinnen und Beamten im Land Bremen wird dieses Ergebnis allerdings erst ab November 2008 übertragen.

Das Ergebnis der kommenden Tarifrunde wird ebenfalls für die Erhöhung der Beamtenbesoldung letztlich wieder maßgeblich sein. Die Beamtinnen und Beamten müssen sich deshalb bereits in der Tarifrunde engagieren, denn hier werden die Eckwerte für zukünftige Verbesserungen erkämpft.

Für die Beschäftigten der Länder, Tarifbeschäftigte wie Beamtinnen und Beamten, wird es 2009 also darum gehen, auch für den Geltungsbereich des TV-L deutliche Verbesserungen zu erkämpfen. Das wird kein Selbstläufer.

Auch hier kommt es zur Durchsetzung der Forderungen der Beschäftigten ganz wesentlich auf ihre Bereitschaft an, sich in einer starken Gewerkschaft zu organisieren und wirkungsvolle Arbeitskampfmaßnahmen zu ergreifen. Nur so kann eine Abkoppelung vom TVöD verhindert werden.

Onno Dannenberg



Vielfältig, interessant, belastend

Im Interview: Justizwachtmeister im Amtsgericht

Manchmal auch gefährlich, immer abwechslungsreich, aber leider schlecht bezahlt: JustizwachtmeisterIn im Land- und Amtsgericht. **MUMM** hat mit dem Kollegen Christian Tost ein Interview über seine Tätigkeit geführt.

Welche Voraussetzungen muss man als Justizwachtmeister mitbringen, welches sind die hauptsächlichsten Aufgaben und wie ist die Bewertung?

Voraussetzung ist ein Hauptschulabschluss oder eine abgeschlossene Ausbildung. Vor den Gerichtssitzungen erledigen wir, 36 KollegInnen aus Bremen und Bremerhaven (davon 6 Justizhelfer), den Postein- bzw. -ausgang des Landgerichts bzw. der Amtsgerichte sowie teilweise auch der Staatsanwaltschaft. Meist ab 9.00 Uhr beginnen die Gerichtsverhandlungen. Hierfür holen wir die inhaftierten Angeklagten aus der Tagesstation und begleiten und bewachen sie den gesamten Tag während der Verhandlungen. Jeden Tag besetzen wir die Personenkontrollen zu den Gebäuden und schließen nach dem Sitzungsende die Gerichtssäle ab. Die Besoldung beginnt bei A 4 und kann bis A 8 - als Gruppenleiter - gehen. Die Dienstkleidung wird uns gestellt, und sie muss auch getragen werden.

Welches sind die belastenden Momente der Tätigkeit und wie gehen Sie damit um?

Es gibt immer wieder verbale Anfeindungen und Beleidigungen durch die Angeklagten oder aus dem Zuschauerraum. Gelegentlich unternehmen Angeklagte Fluchtversuche oder es gibt handgreifliche Auseinandersetzungen. Die Anwendung von unmittelbarem Zwang belastet sehr. Daneben kommt es häufig vor, dass wir durch lange Gerichtsverhandlungen und zu wenig Personal viele Mehrarbeitsstunden haben.

Ich musste lernen abzuschalten und den Ärger, den es trotz allen Verständnisses für die schwierige Situation der Angeklagten gibt, nicht in mein Privatleben mitzunehmen. Parallel verschaffe ich mir durch viel Sport die Möglichkeit zum Frustabbau und zu einer größeren Belastbarkeit und Fitness.

Welche Wünsche und Erwartungen haben Sie an die Arbeit?

Wünschenswert wären mehr Fortbildungsmöglichkeiten (z. B. Deeskalation von schwierigen Situationen). Eine verbesserte berufliche Entwicklungsmöglichkeit und ein höheres Einkommen streben wir natürlich an. In Bremen sind die JustizwachtmeisterInnen die einzigen Beamtinnen und Beamten, die noch im einfachen Dienst arbeiten (ein/e Alleinstehende/r verdient aktuell ca. 1300,- Euro netto und muss hiervon noch die Krankenversicherung bezahlen). Ich persönlich wünsche mir eine bessere personelle Ausstattung und von manchen mehr Achtung vor der Justiz und dem Staat.

Vielen Dank für das Interview, wir wünschen Ihnen Erfolg und alles Gute.

Bernd Krause

Elke Kosmal-Vöge



Justizwachtmeister Christian Tost im Interview in einem der Gerichtssäle des Landgerichts Bremen



Personenkontrolle am Eingang des Landesgerichts Bremen durch die Kollegin Nebahat Bayram und die Kollegen Heino Goes, Christian Tost und Michael Böse (v.l.n.r.)



Das Geld liegt auf der Straße

Für gute Arbeit im öffentlichen Dienst

„Wer ohne Ende Stellen abbaut, setzt die Dienstleistungen für die BürgerInnen aufs Spiel“.

Am 9. April 2008 demonstrierte der öffentliche Dienst vor der Bremischen Bürgerschaft. Die Interessenvertretungen der Beschäftigten fordern erneut ausreichende Finanzierung für die notwendigen öffentlichen Dienstleistungen. Anlass: Das Parlament tagte in dieser Woche, um den Haushalt zu beraten und zu verabschieden.

In einer phantasievollen Aktion machten die Personalräte, Frauenbeauftragten und Schwerbehindertenvertretungen gemeinsam mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes deutlich, dass die vorgesehenen Mittel im Haushalt für die umfangreichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung nicht ausreichen. Viele Dienststellen und Betriebe stellten sich und ihre Arbeit dabei vor.

„Wer ohne Ende Stellen abbaut und Arbeit vernichtet, setzt die Vielfalt und Qualität der Dienstleistungen für die BürgerInnen und die Gemeinschaft aufs Spiel!“ stand auf dem Flugblatt, das an Parlamentarier und Passanten verteilt wurde. Und weiter: „Rotstifte beraten keine BürgerInnen, sorgen nicht für Steuereinnahmen und kümmern sich nicht um das Gemeinwohl.“

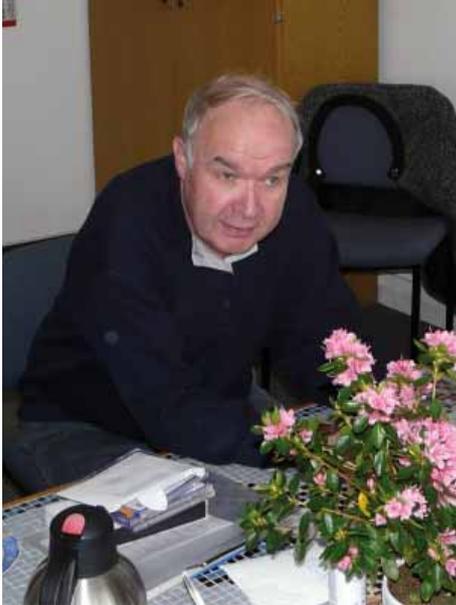
Von den anwesenden Kolleginnen und Kollegen wurden zum einen die berechtigten Forderungen der Bereiche vorgetragen. Am Beispiel der Finanzämter wurde außerdem dargestellt, dass die Personalkürzungen nicht Einsparungen sondern sogar Einnahme-

verluste zur Folge haben: „Das Geld liegt auf der Straße. Wir aber haben nicht mal ausreichend Personal, um die Steuern zu erheben, die dem Staat gesetzlich zustehen.“

Die gelungene Aktion konnte nicht verhindern, dass der Haushalt dennoch in der vorgelegten Form verabschiedet wurde. Aber sie erregte viel Aufmerksamkeit und machte allen Beteiligten bei aller Ernsthaftigkeit sichtlich Spaß. Die Interessenvertretungen kündigten an, weiter für den öffentlichen Dienst zu kämpfen.

Edmund Mevissen ■■■





Peter Garrelmann, bekannt als Standortältester des Gesamtpersonalrats und Verfasser der wunderbaren MUMMpITZE, bedankt sich bei allen, die sich für Verbesserungen für die Auszubildenden bei der Ausbildungsgesellschaft Bremen stark gemacht haben

Ausbildung kommt zurück

Gewerkschaftlicher Einsatz zeigt Erfolg

Seit 2004 wechselten Jahr für Jahr mehr Ausbildungsberufe nach dem Berufsbildungsgesetz (außer Bedarfsberufe der Verwaltung) zur neu von der großen Koalition beschlossenen Ausbildungsgesellschaft Bremen (ABiG). Die Folge: Keine Mitbestimmung für die Auszubildenden (Azubis) und ein Drittel geringere Ausbildungsvergütungen.

Alle Proteste verhallten vor tauben Ohren. Aber der Gesamtpersonalrat ließ nicht locker und wurde bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit zum Rufer in der Wüste: Bei Personalräteversammlungen, vor dem Haushaltsausschuss, bei Personalversammlungen und zuletzt bei der 50-Jahr-Feier des Bremischen Personalvertretungsgesetzes, wo er seine Forderungen mit Hilfe der Azubis der Verwaltungsschule, die im Rahmen ihres Projektes „ProMit“ einen filmischen Beitrag zu dem „schwarzen Fleck ABiG“ vorbereitet hatten, vortrug. All diese Aktivitäten und die massive Unterstützung durch die Betroffenen stärkten die Verhandlungsposition der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di.

Schon als Oppositionsführerin und später als Bürgermeisterin hatte Karoline Linnert zugesagt, dass der mitbestimmungslose Zustand beendet und höhere Ausbildungsvergütungen ins Auge gefasst werden sollen. Das jetzt vorliegende Ergebnis der langwierigen Tarifverhandlungen zum Bereich Ausbildung mit ver.di ist ein wirklicher Erfolg! Bereits im Frühjahr erreichte ver.di die Einführung von Mitbestimmung bei der ABiG. Die jetzt durchgesetzte Anhebung der Ausbildungsvergütungen bei der ABiG ist ein richtiger Schritt und muss im Zusammenhang mit der Übernahmezusicherung für die Azubis in den Bedarfsberufen positiv bewertet werden.

Hinzu kommt - dies ist die politisch bedeutungsvollere Botschaft - die beabsichtigte Rückführung von Aus-

bildungsberufen von der ABiG in den bremischen öffentlichen Dienst.

Es gibt nicht so häufig Gründe, die Politik zu loben, aber wenn es welche gibt, soll man es tun:

Ich bin froh, dass der Rot-Grüne Senat mit ver.di diese Übereinkunft erzielt hat. Durch die erreichte Mitbestimmung nehmen die jungen Kolleginnen und Kollegen an der Demokratie im Betrieb teil, und die Regelungen zu Einkommen und Übernahme zeigen, dass es soziale Entscheidungen gibt. Aber überragend ist die Rückführung von Ausbildungsgängen. Diese verhindert eine dauerhafte Spaltung und stärkt die Einheit des öffentlichen Dienstes.

Dafür, Frau Bürgermeisterin Linnert, Herr Staatsrat Henning Lühr und nicht zuletzt auch dem im Hintergrund wirkenden Rathaus sowie den Freunden und den „Lehrlingen“ im Aus- und Fortbildungszentrum meinen persönlichen Dank. Danke auch an Hans Koschnick, der sich in besonderer Weise für die Azubis stark gemacht hat.

Meiner Gewerkschaft und ihrer Tarifkommission möchte ich danken und gratulieren, dass sie sich so wacker geschlagen haben. Weiter so.

Allen Unkenrufen zum Trotz: Engagement lohnt sich. Man kann doch etwas bewegen!

Ich würde mir wünschen, dass unsere jungen Kolleginnen und Kollegen die Chancen, die sich mit dem Tarifvertrag ergeben, nutzen, verstärkt Vertrauen in Demokratie fassen und sich politisch und gewerkschaftlich einbringen und mitgestalten. Aber auch den älteren Weggefährten sollte dieses Ergebnis Mut machen und sie bestärken: Gewerkschaft tut Not - gemeinsames Engagement trägt Früchte.

In diesem Sinne.
Mit Dank und guten Wünschen
Peter Garrelmann